

Staudämme in Burma gefährden Mensch und Umwelt

Ulrike Bey

Der Putsch in Thailand könnte bedeuten, dass die Pläne zum Bau von Wasserkraftwerken in Burma und Laos vorerst verschoben werden. Die Bangkok Post berichtete kürzlich, alle neu besetzten Ministerien seien aufgefordert worden, Projekte der vorherigen (Thaksin-)Regierung zu überdenken. Hierzu zählen auch die geplanten Bauten von riesigen Staudämmen in Burma, die zunehmender Kritik ausgesetzt sind.

Um die Abhängigkeit von fossilen Energien zu verringern und den eigenen Energiebedarf zu decken, plant Thailand den Bau von fünf großen Staudämmen am Salween-Fluss in Burma, darunter mit dem Tasang-Damm im Shan-Bundesstaat den größten Staudamm in ganz Südostasien. Zusammen würden die Dämme zehn- bis fünfzehntausend Megawatt Strom produzieren, größtenteils zum Verkauf nach Thailand bestimmt. Nach offiziellen Angaben erzeugt Burma zur Zeit etwa 1.300 Megawatt Strom, wovon 30 bis 35 Prozent aus Wasserkraft ins nationale Elektrizitätssystem eingespeist werden. Wasserkraft wird ein großes Potential zugeschrieben und die Militärregierung hat Pläne zum Bau von mindestens 16 weiteren Wasserkraftwerken, einige davon für den Export. Im Sommer unterzeichneten die Regierungen Burmas und Thailands mit der staatlichen thailändischen Energiebehörde EGAT und der chinesischen Sinohydro Corporation einen Vertrag zum Bau des Hatgyi-Dammes etwa 50 km von der thailändischen Grenze entfernt in Bur-

ma am Salween-Fluss. Mit dem Bau soll im November 2007 begonnen werden.

China plant sogar den Bau von dreizehn Dämmen am oberen Lauf des Salween in der Yunnan-Provinz, wo der Fluss *Nu* genannt wird. Aufgrund von Protesten von Umweltorganisationen und der Androhung der UNESCO, den 2003 verliehenen Titel als Weltnaturerbe für das Gebiet der „Drei parallelen Flüsse“ abzuerkennen, sind die Pläne jedoch vorerst auf Eis gelegt.

Der Nu/Salween ist das längste noch frei fließende Gewässer in Südostasien. Der Fluss entspringt in Tibet, fließt durch Chinas Yunnan-Provinz, schließlich durch Thailand und Burma, wo er sich nach 2.400 km in den Golf von Martaban ergießt. Er wird als eines der Gebiete der größten Biodiversität der Welt angesehen und ist Heimat für 7.000 Pflanzenspezies und 80 seltene oder gefährdete Fischarten und viele andere Tiere.

Diese einmalige und sensible Naturlandschaft ist durch die riesigen Dämme bedroht. So werden Auswirkungen auf Fließgeschwindigkeit, Wanderungsbewegungen der Fische, Änderungen der periodischen Überflutungen, die nötig sind für die Bewirtschaftung des Landes, oder das Aussterben bestimmter Spezies befürchtet.

Doch der Fluss bildet auch die Lebensgrundlage für viele Menschen. Entlang seines Verlaufs leben mindestens 13 ethnische Gruppen in traditionellen Gemeinschaften, darunter Shan, Karen, Karenni

und Mon. Sie sind weder über die Planungen über die Staudämme unterrichtet oder an ihnen beteiligt worden, noch ist zu erwarten, dass sie ausreichend entschädigt werden, wenn sie den Dämmen weichen müssen.

Teilweise sind ihre Lebensräume Schauplatz der seit Jahrzehnten andauernden Kämpfe zwischen Armeen ethnischer Minderheiten und der Zentralregierung Burmas. Es ist daher nicht unbegründet anzunehmen, dass der regierende Staatsrat für Frieden und Entwicklung (SPDC) die Infrastrukturprojekte auch nutzt, um diese Gebiete unter Kontrolle zu bringen. Die Angriffe auf Teile der Zivilbevölkerung der Karen im Frühjahr diesen Jahres, die zur Vertreibung von Zehntausenden geführt haben, werden von Menschenrechtsbeobachtern in den Zusammenhang mit dem Bau der Wasserkraftwerke gestellt. Ein Problem stellen die von beiden Seiten gelegten Landminen in den Projektgebieten dar. Im Mai dieses Jahres starb ein EGAT-Mitarbeiter, nachdem er während der Erstellung einer Machbarkeitsstudie auf eine Mine getreten war. Für die ansässige Bevölkerung gehören Minenunfälle zum Alltag.

Der Bau der Staudämme soll von thailändischen Ingenieuren und Bauunternehmen durchgeführt werden. Burma ist für den Schutz und die Sicherheit der Bauarbeiter und Ingenieure zuständig. Erfahrungen mit anderen Projekten ausländischer Investoren, beispielsweise der Bau der Pipeline für die Ausbeutung der Yadana/Yetagun-Erdgasfelder durch die Konzerne Total, Unocal und Premier zeigen eine zunehmende Militarisierung der Gebiete. Die Folge der Militärpräsenz in den Projektgebieten waren für die Bevölkerung Vertreibungen, Zwangsarbeit, Misshandlungen und sexuelle Gewalt. Auch für die jetzigen Dammbauprojekte sind solche Fälle bereits dokumentiert. Für den Bau des Tasang-Dammes, dessen Vorbereitungen am weitesten fortgeschritten sind, sind seit 1996 ca. 300.000 Menschen vertrieben und umgesiedelt worden.

Win-Win?

Die Staudämme am Nu/Salween sind für das Militärregime Burmas lukrativ. Das



Quelle: Salween Watch

Talmäander und Mäandersporn des Salween-Flusses

Land ist auf ausländische Investitionen angewiesen und allein für den Tasang-Damm sind von Thailand Investitionen in Höhe von 6 Milliarden US-Dollar zugesichert worden, eine der größten Auslandsinvestitionen in der Geschichte des Landes. Vertraglich hat Thailand die Abnahme des Stroms über mehrere Jahrzehnte und damit Einkommen für das Regime zugesichert, auch wenn der Strombedarf sinken sollte.

Inwiefern wird den Menschen in Burma aber dieses Einkommen zugute kommen? Der Großteil des Staatshaushalts fließt in den Militärapparat und die Anschaffung neuer Waffen, das Gesundheits- und Bildungssystem bleibt chronisch unterversorgt und vernachlässigt. Durch die Investitionen wird das Regime langfristig gestützt, so lautet die Sorge.

Für Burmas erstes großes Staudammprojekt, das Lawpita-Projekt mit dem Moby-Damm im Karenni-Bundesstaat wurde Anfang der 1960er Jahre mit den Versprechungen geworben, Bewässerungssysteme, Elektrizität und Entwicklung für die Region zu schaffen. Stattdessen erlebte die Bevölkerung Fluten, die die Ernte vernichteten, Wassermangel, Vertreibungen und die Zerstörung ihrer Dörfer. Der in Lawpita erzeugte Strom fließt hauptsächlich in die Städte Rangun und Mandalay - 80 Prozent der Bevölkerung in der Umgebung des Überflutungsgebietes und Wasserkraftwerkes leben heute noch immer ohne Stromversorgung – wie der Großteil des Landes. Der am Salween geplante Weigyi-Damm im Karenni-Staat soll die zehnfache Größe des Moby-Damms haben und das Überflutungsgebiet mit 640 qkm dreimal so groß wie beim Lawpita-Projekt werden. Zwei ganze Städte werden überflutet werden, darunter die historische Hauptstadt des Karenni-Staates, Bawlake.

Salween-Watch-Coalition

In Thailand hat sich eine Koalition von Nichtregierungsorganisationen, lokalen Initiativen und anderen Unterstützerinnen und Unterstützern, die *Salween-Watch-Coalition*, gebildet, die gegen den Bau der Staudämme protestiert und die Gemeinden entlang des Flusses aufklärt. Bei einer Unterschriftenkampagne anlässlich eines Aktionstages gegen die Dammbauten im September gaben mehr als 40.000 Menschen aus den Dammbereichen ihre Stimme gegen die Projekte ab.

Ulrike Bey [ulrike.bey@asienhaus.de] ist Ethnologin und Mitarbeiterin des Asienhauses in der Burma-Initiative und im Projekt zur Asiatischen Entwicklungsbank.

Die *Salween-Watch-Coalition* wirft der thailändischen Regierung vor, den mit solchen Großprojekten im eigenen Land einhergehenden Problemen und Widerständen einfach auszuweichen und sie auf das Nachbarland abzuwälzen. Außerdem erspare sie sich die in Thailand nötigen Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudien, da die Dämme nicht auf dem eigenen Territorium gebaut werden und dies als innerstaatliche Angelegenheit Burmas betrachtet wird. Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudien, wie sie in zahlreichen Ländern bei solchen Großvorhaben Pflicht sind, sind in Burma nicht vorgesehen. Zudem wird der thailändischen Regierung vorgeworfen, aufgrund mangelnder Transparenz gegen

das thailändische Grundgesetz verstoßen zu haben, denn alle Vereinbarungen und Studien zwischen beiden Staaten sind mit der Auflage strenger Geheimhaltung belegt.

Im Ausland ist relativ wenig über die Staudammpläne in Burma bekannt und es gibt bisher kaum eine breite internationale Unterstützung der Proteste, wie dies bei anderen Megaprojekten der Fall ist. Ein Grund hierfür ist sicherlich, dass westliche Geldgeber nicht an den Projekten beteiligt sind – auch nicht durch ihre Teilhabe an internationalen Finanzinstitutionen wie Weltbank und Asiatische Entwicklungsbank (ADB), über die sich die Unterstützerguppen auf die Verantwortlichkeiten ihrer Regierungen berufen können. Beide Banken haben ihre Kreditvergabe an Burma 1987 bzw. 1988 eingestellt und beteiligen sich nicht an den Vorhaben. Der Vorwurf, dass die ADB indirekt über die regionale Kooperation der Greater Mekong Subregion zum Ausbau der Mekongregion für Handel, Wirtschaft und Tourismus und den Mekong Power Grid zur Schaffung transnationaler Energieversorgung die Dämme mitfinanziert, ist nicht klar zu beweisen.

Wasserkraft als erneuerbare Energie

Letztlich kommt man nicht umhin, sich der Frage nach der Energiegewinnung aus Wasserkraft als alternativer und erneuerbarer Energiequelle zu stellen. Energieerzeugung aus Wasserkraft hat in der letzten Zeit an Bedeutung gewonnen,



Übersichtskarte der geplanten Dämme im Grenzgebiet von Burma und Thailand

Quelle: Salween Watch

auch die Entwicklungszusammenarbeit setzt wieder auf sie als erneuerbare Energiequelle und Mittel zur Armutsbekämpfung durch die Einkommenserzielung für die Länder aus dem Verkauf von Strom. Hinter den Großstaudämmen steckt die Idee, „je größer, desto rentabler“. Doch verheerende Beispiele zeigen, dass die Großdämme durch Vertreibung und Gewalt, Zerstörung der Lebensgrundlage von Menschen und der Umwelt mehr Schaden angerichtet als Nutzen gebracht haben, und teilweise stiegen die Kosten weit über die geplanten Projektkosten. Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen plädieren daher für kleine Dämme und die Einhaltung der Richtlinien der Weltstaudammkommission.

Ob Thailand tatsächlich auf die vermeintlich gewinnbringenden und prestigeträchtigen Investitionen verzichten wird, ist fraglich. Viel wahrscheinlicher wird einfach etwas Zeit verstreichen, um das durch den Putsch international leicht angeschlagene Image nicht durch weitere Skandale zu schädigen, bevor die Pläne weiter diskutiert und vorangetrieben werden. Möglicherweise werden nun Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudien erstellt und vielleicht erhöht dies die Überlebenschancen für die „heilige Mutter der Flüsse“, den Nu/Salween, und seine Anwohner.

Zum Weiterlesen:

www.salweenwatch.org; www.earthrights.org;
www.searin.org; www.irrawaddy.org